

Gefährlicher Virus gegen Meinungsfreiheit

Journalisten müssen von etwas leben können. Ein Verlag muss marktwirtschaftlichen Gesetzen gehorchen. Was das angeht, sollte Internet kostenlos bleiben. All das mag stimmen, doch wie sieht die Realität aus? Verlage führen daraus folgend immer mehr Bezahlschranken ein.

Dieses hier besagte Gesamtpaket meiner Meinung nach ist ein *Virus gegen die Meinungsfreiheit*.

Autoren brauchen Geld, und am Ende sollten die Leser dafür zahlen. Doch in der Realität leben Journalisten erst einmal davon, dass ihre Beiträge *gelesen* werden. Aus dem gesellschaftlichen Leben schöpft der Journalismus seine Quellen. Er benötigt Interviewpartner, um sich ein Bild zu machen, und am Ende soll es doch gelesen werden.

Ein Verleger honoriert die Arbeit seiner Journalisten. Der Markt zwingt allerdings zu Effizienz. Seine Mitarbeiter bedienen sich öffentlicher Quellen. Diese entspringen teilweise aus ehrenamtlicher Arbeit, indem sich Menschen journalistisch betätigen und Fragen stellen. Diese kostenlose Arbeit sollte gratis bleiben.

Die professionellen Medien visieren ein Einkommen an; auf ihren öffentlichen Seiten führen sie Bezahlschranken ein. Ihre Online-Artikel können nur per Bezahl-Abo gelesen werden. Das sorgt für Filterungen von Informationen. Nur erlesene sowie finanziell und zeitlich extrem aufwändig gesuchte Informationen legitimieren vielleicht Bezahlschranken. Jedoch gelten die oft für knapp geänderte Agenturartikel oder politische Lokalnachrichten, die jeder wissen sollte.

Doch ein „durchschnittlicher Leser“ kann sich nur wenige oder keinerlei Online-Abos leisten. Abo-Bestellungen von anderen

Medien wie Zeitungen muss er ebenso besonnen einkalkulieren. Internet mit gängigen und wichtigen Informationen sowie TV-News sollten daher gratis bleiben. Andere Medien wie hochwertige Zeitungen sollten zahlungspflichtig sein. Dies auch, weil schon allein monatliche Gebühren für Internet und TV anfallen.

Internet soll auch eine Quelle des Wissens und der Information bleiben. Konzerne, wie Facebook, Google, Microsoft, Xing, Twitter, etc. sollten allerdings zu 90% besteuert und von den Benutzern genossenschaftlich kontrolliert werden. Denn die Leistungen solcher Konzerne fördern und zementieren ein Parasitentum, bieten sie doch eigentlich nur Digitalspeicher und verdienen sich dabei noch mit Werbung eine goldene Nase.

Deren Benutzer liefern Inhalte, vernetzen sich und machen sich abhängig. Die fraglichen Plattformbetreiber können Nutzer jedoch jederzeit sperren. Es existieren keine demokratischen Instanzen, sondern vielmehr eine Art Datendiktatur. Wenn nun das Internet mit Bezahlschranken sanktioniert würde, so überlegten es sich Autoren zweimal, einen Artikel zu verlinken. Wie ich nun schon „ehrenamtlich“ als Reisejournalist arbeite, warum den Link zu einer grossen Zeitung einbauen, welche Leser zwingt zu zahlen?

Andererseits glaubte ich, die Transaktionsgebühr bei Twint liegt bei mindestens 30 Rappen. Das stimmt nicht:

TWINT selbst bietet auch diverse Integrationen und Zahlungsmöglichkeiten an, die ohne Grundgebühr pro Transaktion auskommen und auf einem prozentualen Gebührensystem beruhen.

Ein Schritt zu Mikropayment wäre einfach. Die Anbieter hätten durchaus Gestaltungsmöglichkeiten. Kleine Shopanbieter stecken in einer Zwangsmühle. Am Ende kassieren viele, auch die Banken. Die Abschaffung der Bezahlung ist meiner Meinung nach wichtig, warum machen dies die Verleger nicht freiwillig?

Das Internet, das sind die Menschen, welche es füllen. Auch

Bezahlschranken agieren im Prinzip als Viren der Meinungsfreiheit. Meinungsbildung wird so zu einer finanziellen Frage. Letztendlich zerstört auch das die Demokratie. Dabei wäre die Lösung so einfach, Fixbeträge bei Transaktionen abschaffen!